

Sitzungsvorlage DS 2016/070

Hauptamt
Thomas Oberhofer
(Stand: **23.02.2016**)

Mitwirkung:
Amt für Schule, Jugend, Sport
Amt für Soziales und Familie
Ordnungsamt
Oberbürgermeister
Erster Bürgermeister
Bürgermeister

**Verwaltungs- und Wirtschaftsaus-
schuss**

nicht öffentlich am 14.03.2016

Gemeinderat

öffentlich am 21.03.2016

Aktenzeichen:

**Nachsteuerung Personalhaushalt 2016
- Stellenbedarfe im Zuge der Flüchtlingsentwicklung**

Beschlussvorschlag:

1. Der Nachsteuerung im Personalhaushalt 2016 wird wie vorgeschlagen zugestimmt. Die Stellen werden im Stellenplan des Nachtragsplanes 2016 ausgewiesen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Stellen umgehend auszu-schreiben.

1. Sachverhalt

Die Planungen zum Personalhaushalt 2016 wurden zu einem Zeitpunkt im Sommer 2015 vorgenommen, zu welchem die aktuelle Flüchtlingsentwicklung in ihrer Entwicklung nicht absehbar war. Mittlerweile sind die Entwicklungen für Ravensburg greifbar. Die Zahlen aufgenommener Flüchtlinge im Stadtgebiet und den Ortschaften sind bekannt; in der Burachhalle sind gegenwärtig knapp 300 Personen untergebracht. Die Verwaltung war zunächst vorrangig mit der Unterbringung der ankommenden Flüchtlinge beschäftigt. Die Schaffung geeigneten Wohnraums lief auf Hochtouren und dauert bis heute an. Lösungen sind mittlerweile stadtweit generiert.

Personalbedarfe entstehen vor allem in den Aufgabenbereichen der Integration der Asylsuchenden. Handlungsbedarfe sieht die Verwaltung insbesondere in den Bereichen Schulsozialarbeit und Jugendarbeit sowie in der Flüchtlingsbetreuung direkt in den Flüchtlingsunterkünften der Stadt. Ein weiterer Bedarf zeichnet sich darüber hinaus im Bereich der Ausländerbehörde (Ordnungsamt) sowie (neu) bei den zentralen Bürgerdiensten mit Bürgeramt und Standesamt (Hauptamt) ab. Darüber hinaus wird zur Bearbeitung der Unterbringungsthematik ein Bedarf im Bereich des Amtes für Architektur und Gebäudemanagement gesehen; Vieles ist hier auf den Weg gebracht, doch die Umsetzung macht eine personelle Stützung für die Dauer von 2 Jahren zur Planungsabsicherung erforderlich. Die Verwaltung schlägt vor diesem Hintergrund eine Aufstockung des Personalhaushalts in diesen Bereichen sowie eine kurzfristige Besetzung der Personalstellen mit Eintrittsdatum sofort oder spätestens nach der Sommerpause vor.

Die Marktlage zur Besetzung der Stellen verschlechtert sich zusehens. Erfahrungen aus aktuellen Ausschreibungsverfahren zeigen deutlich, dass es nicht nur an Bewerbern aus den Bereichen der Sozialen Arbeit, sondern längst schon an Bewerbern in "normalen" Verwaltungsbereichen mangelt. Es ist davon auszugehen, dass sich die Marktlage in allen ausgewiesenen Bereichen die nächsten Monate weiter verschlechtern wird. Aus diesem Grund empfiehlt es sich v. a. im Bereich der Sozialen Arbeit ein "Vorratsbeschluss" zu treffen.

2. Personalbedarf im Einzelnen / Stellenplan

Die Personalbedarfseinschätzung basiert auf der aktuellen Entwicklung der Flüchtlingszahlen und bildet in erster Linie eine Einschätzung, jedoch keine detaillierte Personalbedarfsberechnung ab. Eine solche ist schwer durchzuführen, da die Bedarfe sich entwickeln und von der Situation abhängig sind. Integrationsleistungen bzw. die Betreuung von Flüchtlingen im Rahmen der Schulsozialarbeit macht weniger an dem Klienten-Mitarbeiterverhältnis, sondern vielmehr an einer vorzufindenden Realsituationen fest.

In den Verwaltungsbereichen lassen sich teils Fallraten abbilden; jedoch liegen auch hier keine Ansätze bzw. Referenzgrößen für eine sinnvolle Personalausstattung vor. Vielmehr ist Nachsteuerung in diesen Bereichen aktuellen Beobachtungen (Wartezeiten, Komplexität der Fallkonstellationen etc.) und den Aussagen der sachbearbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hinblick auf Überlastungsanzeigen geschuldet. Geht man gegenwärtig von

einem Höchststand von 1.400 Flüchtlingen im Stadtgebiet aus, bildet sich allein beispielsweise in der Ausländerbehörde / Sachgebiet Asyl ein Stellen / Fallzahlenverhältnis von gegenwärtig 1:560 ab. Dies ist eindeutig zu hoch. Mit der Personalaufstockung würde sich das Verhältnis auf 1:400 reduzieren. Hinzu kommt wie in anderen Verwaltungsbereichen auch, die "normale" Tagesarbeit. Auch diese steigt unabhängig der Flüchtlingsentwicklung teilweise an (Bsp.: Auswirkungen Hospiz Ravensburg auf Standesamt Kernstadt). Während bisher eine "normale" Entwicklung immer wieder einmal über das vorhandene Personal aufgefangen wurde, verschärft sich die Situation aktuell durch die Entwicklung der Flüchtlingszahlen. Ein Auffangen der Mehrarbeit aus dem bestehenden Personalstand heraus ist nicht oder nur unter zusätzlicher Schwerpunktverlagerung und einem Verzicht an Verwaltungsdienstleistung an anderer Stelle (Stichwort: Freiwilligkeitsleistungen) möglich. Ein Verzicht an anderer Stelle erscheint unangebracht, würde dies doch die Absenkung vorhandener Standards in der Aufgabenerfüllung oder sogar den gänzlichen Wegfall vorhandener Verwaltungsangebote bedeuten.

Zur Darstellung des von der Verwaltung vorgeschlagenen Personalbedarfs wird auf die **Anlage** verwiesen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen führen zu einer Stellenmehrung von 10,0 Vollzeitstellen. Damit erhöht sich die Geamtzahl städtischer Personalstellen im Haushalt 2016 von 402,39 (Stand Haushaltsplanung 2016) auf 412,39 Stellen. Eine entspr. Anpassung würde die Verwaltung im Stellenplan des Nachtrags 2016 vornehmen. Die Stellenmehrung ginge mit dem Ausweis eines KW-Vermerks einher; wenngleich dessen Umsetzung die nächsten Jahre kaum möglich erscheint.

Die Verwaltung geht im übrigen davon aus, dass eine gelingende Besetzung der Stellen nicht über befristete Arbeitsverträge oder unter Verzicht auf eine Verbeamtung möglich sein wird. Die Marktlage spielt dabei dem Bewerbermarkt insoweit in die Karten, als dieser die Rahmenbedingungen einer Anstellung vorgibt. Befristungen oder eine nicht vorgenommene Verbeamtung können dazu führen, dass eine sachgerechte Besetzung der Stellen eben nicht erfolgt und die Stadt auf Bewerber nachgeordneter Geeignetheit begrenzt bleibt. Auch aus diesem Grund muss der Ausweis eines KW-Vermerks relativiert werden. Im Gesamtportfolio der Stadt lassen sich jedoch mittel- bis langfristig durch Umschichtung vorhandenen Personals personelle Überhänge zu gegebener Zeit abbauen. Auch durch das altersbedingte Ausscheiden vorhandenen Personal können personelle Überhänge zu späterem Zeitpunkt abgebaut werden. Sämtliche vorgeschlagene Qualifikationen (gehobener Dienst, Sozialarbeiter), sind breit einsetzbar.

3. Personalaufwand

Der Gesamtaufwand beträgt rd. 507.000 EUR bei einer Stellenmehrung von 10,0 Vollzeitstellen. Der Gesamtaufwand refinanziert sich im Bereich der sozialen Flüchtlingshilfe dabei teilweise; im Bereich der Verwaltungsarbeit jedoch nicht. Eine aktuelle Anfrage beim Städtetag Baden Württemberg bestätigte

diese Situation. Eine direkte Refinanzierung von Verwaltungsstellen ist gegenwärtig weder über Bundes- noch über Landesprogramme eingerichtet. So gehen die Personalkosten zu Lasten der Stadt.

Eine (teilweise) Refinanzierung der Personalstellen erscheint bei den Personalstellen im Bereich Flüchtlingsbetreuung und Schulsozialarbeit möglich zu sein. Die Förderung richtet sich dabei nach bestehenden, teils neu aufgelegten Programmen. Im einzelnen:

Ziff. 5 Flüchtlingsbetreuung nach FlüAG, gesichert
60.000 EUR

Ziff. 6 Schulsozialarbeit: Refinanzierung Förderrichtlinien Schulsozialarbeit
Landkreis Ravensburg, nicht gesichert, antragsfähig
96.000 EUR

Das gesamte mögliche Refinanzierungspotential beträgt somit bezogen auf 4,0 Stellen in der Sozialarbeit max. 160.000 EUR, weshalb sich bei vollständiger Realisierung ein verbleibender Gesamtaufwand im Personalhaushalt der Stadt von rd. 350.000 ergibt.

Kosten und Finanzierung:

Einmalige Kosten (Beschaffungs-/Herstellungskosten, abzügl. Zuschüsse, Beiträge usw.)	
Stellenausschreibung	8.000 EUR
Laufende Kosten (u. a. Personal-, Sachkosten, abzüglich zu erwartende Einnahmen)	
Personalkosten	507.000 EUR
Einnahmen aus Fördermittel (nicht gesichert)	160.000 EUR
Mittelbereitstellung im Haushalt	
Verwaltungshaushalt: Fipo: Personalhaushalt einzelne UA	
Vermögenshaushalt: Fipo:	

Anlage:

Personalbedarf im Bereich Flüchtlinge / Asylbewerber